

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. sabb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 4. August.** [Preußen und Oesterreich.] Aus Gastein wird berichtet, daß die beabsichtigte Verständigung gescheitert ist. Demnach wäre auf eine Einigung zwischen Oesterreich und Preußen in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit keine Aussicht mehr. — Aus Wien wird telegraphirt: „Wie der „Wanderer“ wissen will, stehen die deutschen Großmächte einer Vereinigung über die Frage wegen der Herzogthümer ferner als jemals. Die Zusammenkunft der Monarchen in Gastein wird jetzt und wahrscheinlich auch später nicht stattfinden. Graf v. Mensdorff dürfte sich bereits wieder verlassen haben, und auch der Kaiser kehrt demnächst nach Wien zurück.“

— [Neues Abgeordnetens-Fest.] Aus Köln wird berichtet, daß zum 23. September ein neues Abgeordnetensfest beabsichtigt werde. Ob dies im Interesse der Vereinsrechtlich Angelegenheit wünschenswert ist oder nicht, hängt von der Art und Weise ab, wie die Sache angefaßt würde. Nur nichts anfangen, was man nicht mit Energie durchführen will! Aber freilich, — Energie und — doch genug, man wird uns verstehen. —

— [Aus der Prov.-Corresp.] Die gestern erwähnte Stelle, von der wir sagten, sie klinge wie ein Hohn auf das Abgeordnetenhaus (und seine Rechte), lautet wörtlich:

Bei denjenigen Ausgabeposten, denen das Abgeordnetenhaus seine Zustimmung ausdrücklich verweigert hat, ist eine nochmalige sorgfältige Prüfung erfolgt und eine Ermäßigung überall in Aussicht genommen, wo ein Eingehen auf die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ohne Gefährdung des Staatswohls irgend möglich war.

— [Zur allgemeinen Arbeiterversammlung.] Vom vorigen Sonntag müssen wir constatiren, daß das Wolffsche Telegraphen-Büreau die gefaßten Beschlüsse in abgeschwächter, verwässerter Form an die auswärtigen Blätter telegraphirt hat und daß, mit sehr wenigen Ausnahmen, die ganze auswärtige Fortschrittspresse den Wortlaut der Resolutionen auch nicht nachträglich ihren Lesern mitgetheilt hat.

* **Wien, 2. Aug.** [Oesterreich und Deutschland.] Das bisherige Organ des Herrn von Schmerling, der „Vostschaster“, der, wie bereits gemeldet wurde, mit dem 31. Juli eingegangen ist, sagt in seinem Schlusswort:

In seinen äußeren Beziehungen haben wir Oesterreich zunächst als ein Glied des deutschen Staatensystems aufgefaßt. Wir verstehen darunter mehr als den deutschen Bund. Was diese Auffassung von einem Anteil Gemüthsregung begleitet gewesen sein: dieser Anteil hat in keiner Weise über die Auffassung selbst entscheiden können. Unser Urtheil ist auch hierin den Erfordernissen der politischen Nothwendigkeit entsprungen. Eine Verlängerung des Zusammenhangs mit den übrigen Staaten des deutschen Systems würden wir als die ernsteste Gefahr für

Oesterreich betrachten. Diese Verlängerung wäre einerlei mit einer Preisgebung Deutschlands an Preußen. Deutschland aber, in Großpreußen aufgegangen, würde bald die deutsch-österreichischen Bundesländer reklamiren. Alle wachen oder schlummernden Centralregierungen des Kaiserstaats, die jetzt noch unter dem Bann des österreichischen Reichsgedankens liegen, würden mit einem Schlag entbunden werden. Sie sind gefesselt so lange nicht auch die deutschen Provinzen des Kaiserstaats einem auswärts liegenden Centrum zustreben. So lange sich Oesterreich in solidarischer Verbindung mit Deutschland hält, ist dies nicht zu fürchten: die Wirkung aber wird eintreten, so wie diese Verbindung aufgegeben wird.

Dies ist der leitende Gedanke in unsern Beurteilungen der deutschen Frage gewesen, für deren Lösung wir uns im übrigen so gut wie für die ungarischen sehr verschiedene Formen denken können. Der Gedanke, welcher den deutschen Fürstentag hervorrief, schloß nur eine dieser Formen in sich. Mit der gleichen, vielleicht mit noch größerer Wärme würden wir einen andern Plan begrüßt haben, wenn er sicherer zum Ziel geführt: zur Befestigung des Bundes, durch welches das ganze deutsche Staatensystem zusammengehalten wird, und zur bessern Ausbildung der innern politischen Ordnung nach welcher seine Glieder sich bewegen sollen.

Was bei diesen Ausführungen angenehm berührt, ist der Umstand, daß man sich frank und frei auf den österreichischen Standpunkt stellt und ganz offen zugiebt, daß mit den deutschen Ländern so zu verfahren sei, wie das österreichische, nicht wie das deutsche Interesse es erfordert. Dadurch sticht die Sprache, was Offenheit betrifft, vortheilhaft von denjenigen der preussischen Blätter ab, die gerne so thun, als sei das preussische Interesse auch das deutsche. In Wahrheit verträgt sich aber weder das österreichische noch das preussische, noch das bayerische, sächsische u. s. w. Interesse mit dem deutschen, sondern setzt letzteres vielmehr das Aufheben aller jener Sonderinteressen voraus.

* **Köln, 3. August.** (Zum Abgeordnetensfest.) Die „Rhein. Ztg.“ schreibt:

Der Vorsitzende des Festcomité's Herr Classen-Kappelmann erschien gestern Morgens vor dem Herrn Instruktionsrichter und wurde wegen folgender Beschuldigungen vernommen: 1) durch seine vermittelte öffentlicher Blätter erfolgte Einladung an die Herren Landtags-Abgeordneten und Festgenossen zu einem Diner im großen Gürzenich-Saale und zu einer Festfahrt auf dem Rheine nach dem Siebengebirge, zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel resp. zu einem öffentlichen Anzug aufgefordert zu haben, ohne die polizeiliche Erlaubnis dazu 48 Stunden vorher nachgesucht und erhalten zu haben; 2) daß derselbe einem politischen Verein, unter dem Namen eines Festcomité's für das Abgeordnetensfest, vorgelassen habe und dieser Verein mit andern politischen Vereinen zu gleichem Zweck in Correspondenz getreten sei, 3) daß derselbe einem politischen Vereine, als welcher das besagte Festcomité angesehen wird, vorgelassen habe, ohne das Mitglieder-Verzeichniß und die Statuten des Vereins der Ortspolizei-Behörde binnen der gesetzlichen Frist eingereicht zu haben.

Die „Mittelrhein. Ztg.“ bringt folgende Erklärung:

Gegenüber dem offiziellen Bericht über die am 23. v. Mts. in Oberlahnstein stattgehabten Vorfälle, ins-

besondere das Einschreiten der Polizeimannschaft im Garten des Hotel Labuet erklären wir unterzeichnete Bewohner Ober- und Niederlahnsteins hierdurch, daß die Haltung des in diesem Lokal anwesenden Publikums durchaus nicht so provokant war, um unseres Erachtens eine allgemeine Räumung desselben zu rechtfertigen. Namentlich aber müssen wir die Behauptungen: „das anwesende Publikum verließ den Boden des Geseges und der Ordnung — — — der Regierungscommissar erklärte daher mit lauter vernünftlicher Stimme, daß u. s. w.“ als dem wirklichen Verlauf der Sache widersprechend bezeichnen. Wir haben alle in der Nähe des Regierungscommissars gestanden oder gesessen, gleichwohl aber Nichts von einer lauten Aufforderung an die Anwesenden, das Lokal zu verlassen, gehört. Wir haben nur die Worte des Regierungscommissars vernommen: wenn es nicht ruhig werde, dann lasse er räumen. Da die Mehrzahl der Anwesenden sich ruhig verhielt, so konnten wir die Worte von unseren Plätzen aus nur als an bestimmte Einzelne gerichtet betrachten und durften erwarten, daß wenn etwa ein Einzelner den Boden des Geseges verließ, nur gegen diesen, nicht aber gegen das gesammte Publikum vorgegangen würde. Ueberraschen und empfinden mußte es uns deshalb auch, plötzlich — ohne vorherige Aufforderung zum Verlassen des Lokals und ohne, daß das in aller Welt übliche militärische Zeichen vorher gegeben worden wäre — das requirirte Militär gegen die Gäste, Tische und Stühle mit den Waffen anrücken zu sehen. — Dies zur Steiner der Wahrheit!

Labnstein, den 31. Juli 1865.
E. A. Victor, Richard Rügenberg, H. Nemnich, Carl Müller, Carl Rügenberg, H. Bonar, Jos. Kirchberger, C. Balg, Jakob Moses Kirchberger, C. Rheinhold.

* **Kassel, 1. August.** [Zum Ministerwechsel.] Die kürzlich erfolgte Entlassung Rhode's, des Ministers des Innern, ist ohne alle principielle Bedeutung. Wäre sie unlängst erfolgt, als Herr Rhode die Vorlage des Verloppelungsgesetzes, die bei ihm wegen früherer Äußerungen gewissermaßen zu einer Art Ehrensache geworden war, durchsetzen wollte, so hätte man wenigstens von einer verständlichen Veranlassung reden können; jetzt aber erscheint sie lediglich als einer der Einfälle oder der scheinbar fast unmotivirten Vorgänge, an welchen unser öffentliches Leben seit langen Jahren nicht eben arm ist. Ueber den Nachfolger Rhode's, der die Stelle nur um deswillen angenommen zu haben erklärt haben soll, damit kein „Adels-Ministerium“ an's Ruder komme, verlautet noch nichts Zuverlässiges. Allein mag Herr v. Goebdaeus, der vor-malige Vorstand des Auswärtigen, oder Herr v. Stienberg, der Vor-Juni-Minister des Innern, ernannt werden, jeden Falles wird Alles beim Alten bleiben, d. h. der Kurfürst wird fortfahren zu thun oder vielmehr nicht zu thun, was ihm wohl- und resp. nicht wohlgefällt. (Volksz.)

Ausland.

* **Paris, 2. August.** [Stimmen über den Systemwechsel in Oesterreich. Tagesbericht.] Die „France“ erblickt in der neuen Ordnung der Dinge in Oesterreich ein Experiment mit

dem self-government, und zwar in der Weise, daß jede Nationalität durch sich selbst regiert werden solle. Galizische Regierung durch Galizier, ungarische Regierung durch Ungarn, croatische Regierung durch Croaten, und da es in Oesterreich vierzehn oder fünfzehn verschiedene Nationalitäten giebt, so wird es eben so viele verschiedene Autonomien geben, die als Band untereinander bloß die Dynastie haben, welche sie um sich her gruppirt, ohne sie wirklich zu vereinen und zu einem einzigen und demselben Vaterlande zu gestalten." Ein solches Regierungssystem sei an sich schon ein Provinzialwesen und kein Nationalwesen, wie es in constitutionellen Ländern bestehe, meint die „France". Die Regierung werde in jeder Landesverwaltung allerdings kontrollirt werden können, eine Controle der gemeinsamen Geschäfte der unter Ein Scepter gestellten Glieder sei dabei unthunlich, kurz, über der Verwaltungsfreiheit in jeder Nationalität schwebt ohne Gegengewicht die oberste Gewalt der Krone. Die „France" erblickt in diesem Systeme ein Symptom der Schwäche; die Einheit allein könne der österreichischen Monarchie die Stärke verleihen, die ihr fehle. „Die Centralisten", meint die „France", „wollten Einheit und Freiheit; die Einheit ist nun jetzt dahin, und die Freiheit scheint auf eine Local-Autonomie beschränkt werden zu sollen, die zwar ein werthvolles Gut ist, doch keineswegs das, was die Centralisten sich haben träumen lassen." — Hr. v. Lesseps, dessen muthvolle Haltung während der Cholera in Alexandria vielfach besänftigt und gerühmt wurde, wird am 15. August das Commandeurkreuz der Ehrenlegion erhalten. — Sämmtlichen französischen Journalen ist heute vom Ministerium des Innern die Weisung erteilt worden, der kaiserlichen Proschüre über Algerien gar nicht mehr zu erwähnen. — Der oft erwähnte Besuch des Herrn v. Bismarck in Plombières gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. — Abd-el-Kader ist gestern Abend von Boulogne aus in Holystone eingetroffen und sofort nach London weiter gereist.

* London, 2. Aug. [Parlament. Wahl-Extravalle. „Gewissensgelder."]. Die Parlamentsferien werden — wenn keine unerwarteten Ereignisse eintreten — ohne Zweifel noch volle sechs Monate dauern, aber jetzt schon hört man von der ersten Interpellation, die an den Premier gerichtet werden wird. Sir Robert Clifton, Mitglied des Unterhauses für Nottingham, beabsichtigt, am ersten Abend der kommenden Session eine an Lord Palmerston zu richtende Frage anzumelden, die bedeutende Frage nämlich, ob die Regierung mit der Absicht umgehe, in der Session von 1866 eine „große und umfassende Parlaments-Reformbill" einzubringen. — Die Wahlkrawalle in Grafschaften und Burgsteden haben natürlich Nachwehen zurückgelassen; sehr viel Razenjammer, noch mehr Löcher im Kopfe, einige Todte und Krüppel, und endlich Gerichtsverhandlungen. Die kleinen Sünden sind an vielen Orten schon mit Barmherzigkeit abgeurtheilt, aber trotzdem würden wohl die in einem einzigen Orte, in Maidenhead z. B., erkannten Geldbußen, zusammengezählt, eine schöne Summe ausmachen. An 30 Personen, darunter manche, die als „respectabel aussehend" bezeichnet werden, sind zu Geldstrafen von 2 Sch. 6 P. bis 5 L. und in die Kosten verurtheilt worden. Die Mehrzahl der Verurtheilten ist außer Stande zu zahlen, und muß sich auf Wochen oder Monate in irgend einem Grafschafts-Gefängnisse häuslich niederlassen. Die schweren Tumultuanten sollen erst vor Gericht kommen. — Von Zeit zu Zeit erhält der Schatzkanzler von einem Anonymus ein paar Zeilen mit einer mehr oder minder werthvollen Banknote zugesandt. Es ist gewöhnlich ein Patriot, der sein Einkommen um eine ansehnliche Summe zu niedrig angegeben hat und nachträglich, um sich mit seinem Gewissen abzufinden, einen Extra-Beitrag zur Einkommensteuer entrichtet. In welchem Verhältnisse die Nachzahlung gewöhnlich zu dem Selbstschätzungsfehler steht, darüber weiß man nichts Gewisses, aber die anonymen Rimeisen heißen „Gewissensgeld." In dem am letzten März abgelaufenen Finanzjahre bezugten die Gewissensgelder zusammen 7184 L., ungefähr eben so viel wie im vorhergegangenen Jahre.

Florenz, 3. August. [Rom und Italien.]

Die Bemühungen der französischen Regierung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Rom und Italien sind gescheitert. Der französische Gesandte am Florentiner Hofe, Baron v. Malaret, hat sich mit einem zweimonatlichen Urlaub nach Paris begeben.

Amerika. [Zur Stellung der Parteien] läuft nachstehende Uebersicht durch die Blätter:

In dem großen Berlegungsprozesse, welcher sich seit dem Ende des Krieges in den Vereinigten Staaten der politischen Parteien bemächtigt hat, ist es die unter dem Namen der Radikalen bekannte Section der republikanischen Partei, die sich zuerst zu einem festen Niederlage consolidated hat. Die energische Consequenz, durch welche sie sich im ganzen Verlaufe des Bürgerkrieges auszeichnete, hat sie fast unverändert über die Krisis hinweggetragen, deren Wirkung auf die von jeder weitgepackten demokratischen Partei fast eine zerschredende, auf den weniger thatkräftigen und entschlußfähigen Theil der republikanischen Partei zum wenigsten eine mobilisirende gewesen ist. Von Friedens- und von Kriegsdemokraten kann natürlich keine Rede mehr sein, doch ebensowenig von einer Einigung der beiden Fractionen; erstere wollen nichts gemeinsam haben mit dem Präsidenten, während letztere offenbar darauf ausgehen, Herrn Johnson in ihre Hand zu bekommen und sich wieder zur herrschenden Macht zu erheben. In ihrer Abneigung gegen die Vollberechtigung der bereiten Regier, begegnen den früheren Kriegsdemokraten die conservativen Republikaner, sonst fast jeden Programmes hat, auf gemeinsamen Boden, so daß die inneren Flügel der beiden Hauptparteien näher und näher zusammenrücken. Johnson, der Schweigende, welcher die napoleonische Zurückhaltung noch überbietet, steht unterdessen noch außerhalb des Parteigetriebes; doch haben einzelne seiner Ernennungen den Radikalen schon nicht ungegründete Befürchtungen erregt, daß er dem Säden die Flügel schießen lassen werde, ehe einerseits zur Verhütung eines neuen Versuches die Einzelstellung der Staaten und der dadurch genährte Geist der Sonderbündelei einer kräftigeren bündelstaatlichen Einigung Platz gemacht, ehe andererseits der Regier die ihm mit ihrem Blute erkaufte Freiheit nicht nur dem Namen, sondern der That nach erlangt habe. Die deutliche Zusammenfassung haben die Ansichten und Ziele der radikalen Partei neuerdings in dem bisher nur oberflächlich bekannt gewordenen Manifest der Convention zu Boston gefunden. Vier Hauptpunkte sind in demselben aufgestellt: 1) die Republik hat einen directen Anspruch auf die Ergebenheit eines jeden Bürgers, deren ihr kein Einzelstaat entbinden kann, und auf seinen Gehorsam gegen die Gesetze der Centralregierung, welche über den Gesetzen und der Constitution eines einzelnen Staates stehen. 2) Die Ehre des ganzen Volkes ist darauf verpfändet, daß der farbigen Race auf immer volle und wahre Freiheit gesichert werde. Das Versprechen dieser Freiheit habe dem Heere in den Negertreffen eine große Hilfe zugeführt und nach der glücklichen Beendigung des Krieges stehe es in der Macht und sei es Pflicht der Regierung, das Versprechen wahr zu machen. 3) Die Sklaverei müsse durch ein unangreifbares und unumstößliches Gesetz verboten werden. 4) Die Organisation der Staaten müsse eine durchaus und wahrhaft republikanische sein. Die Radikalen sehen keine Möglichkeit einer Sicherstellung des Friedens und der Institutionen der Union, wenn jene Forderungen nicht streng erfüllt werden. Das besonere Programm wird der Angelpunkt sein, um den sich die politischen Kämpfe in den Vereinigten Staaten zu drehen haben, um eine Ordnung der durch den Krieg aufgewühlten Zustände, der socialen wie der staatlichen, zu Wege zu bringen.

Vereins-Heil.

Berlin, 4. August.

* Die „Kreuzzeitung", das Organ des preussischen Junkertums, sucht ihre Leser in Betreff des Allg. deutsch. Arb. Vereins zu mystificiren. Bekanntlich hat vor etlichen Monaten an verschiedenen Orten ein Abfall von dem Allg. deutsch. Arb. Vereine und der social-demokratischen Partei stattgefunden, welcher Abfall theils aus persönlichen Gründen, zum Theil verletzter Eitelkeit, theils aus Bestechung hervorging.

Wir haben diese Dinge seinerzeit unsern Lesern vorgeführt.

Die Zahl der Abgefallenen betrug in ihrer Blüthezeit — Alle in ganz Deutschland zusammen gerechnet — etliche Hundert.

Nun haben dieser Tage die Leipziger Abgefallenen (und Ausgestoßenen) eine Zusammenkunft gehabt, bei welcher im Ganzen 16 — sage sechzehn Personen —

anwesend waren, und hierbei einen Beschluß gegen den Vereinspräsidenten gefaßt.

Nun weiß die „Kreuzztg." sehr wohl, daß dieser Abfall eine alte Geschichte ist, hat auch jedenfalls bemerkt, daß derselbe an Quantität wie an Qualität abgenommen (indem die Beschlüsse weit weniger gebißig sind als früher). Nichtsdestoweniger, und obwohl diese ganze, längst abgethane Geschichte kaum der Rede werth ist, bringt die „Kreuzztg." die Sache in einer Form, daß ihre Leser glauben müssen, es handle sich um etwas funktelnagelneues, um eine wichtige politische Differenz, als ob der Allg. deutsch. Arb. Verein in voller Auflösung begriffen sei, etwa weil man im Verein mit dem Vorgeben des Präsidiums und des Vereinsorgans in der Kölner Festangelegenheit unzufrieden sei.

Wenn aber jemals eine imposante Einmütigkeit unter der gesammten deutschen Arbeiterschaft hervorgetreten ist, so war es gerade bei diesem Kampfe gegen das Junkertum. Nicht zerrüttet, nein, innerlich gekräftigt ist unsere Partei aus diesem Kampfe hervorgegangen und seine Fortzeiterfolgungen der Welt werden hieran etwas zu ändern vermögen.

Mag sein, daß die wenigen vom Verein Abgefallenen mit dessen Haltung in der Kölner Angelegenheit nicht einverstanden sind; allein dies würde keinerlei Gewicht haben und gerne gönnen wir ihnen den Triumph, das Wohlwollen der „Kreuzztg." erregt zu haben.

Wir können diesen Gegenstand jedoch nicht verlassen, ohne mit Befriedigung eine Thatsache zu constatiren. Viele unter den Abgefallenen haben das schwere Unrecht, das sie gegen die Partei begangen, dadurch wieder gut gemacht, daß sie zur verlassenen Fahne in dem Augenblick zurückkehrten, als die Armee im Feuer stand. Und — mit Freunden nehmen wir hiervon Act — wader haben sie an verschiedenen Orten in unsern Reihen mitgekämpft.

Dem Junkerorgan aber rathen wir, nicht weiter den stattgehabten Abfall von der social-demokratischen Partei zum Gegenstande seiner Besprechungen zu machen. Wir könnten sonst genöthigt sein, Dinge ans Licht zu ziehen, die man nicht gerne hören würde.

Vermischtes.

Darmstadt, 3. Aug. (Muthmaßliches Verbrechen.) Die „Hess. Pdsz." theilt mit, daß heute früh in der Ederstädter Tanne die in starker Bewegung begriffenen unbekanntem Leichname eines Mädchens und eines Herrn, beide fein gekleidet, an einem Baume aufgefunden wurden. Verschiedene höchst räthselhafte Umstände lassen die Vermuthung als gerechtfertigt erscheinen, daß kein Selbstmord, sondern ein Verbrechen vorliegt.

* (Beschlagnahme.) Zwei bei Reinhold Bais in Frankfurt a. M. erschienene Broschüren: „Blick in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" und „Preussischer Uebermuth im Gewande vermeintlicher Staatsoberkeit" sind in Berlin polizeilich mit Beschlag belegt worden.

(Zur Statistik der Unglücksfälle auf Eisenbahnen) dürfte folgende Notiz von Interesse sein. Auf den französischen Bahnen kam bis jetzt durchschnittlich ein Todesfall auf 1,955,555 Passagiere, eine Verwundung auf je 496,551. Viel schlechter stellt sich das Verhältniß auf den englischen Eisenbahnen, wo 1 von je 1,256,290 getödtet und 1 von je 311,345 verwundet wurde. Auf den belgischen Bahnen berechnet sich ein Todesfall auf je 8861,804 und eine Verwundung auf je 2,000,000 Personen. Noch günstiger fällt der Vergleich für die badischen Bahnen aus, bei denen die Proportionen 1 : 17,514,977 und 1 : 1,154,311 sind. Am günstigsten aber stellt sich das Verhältniß auf den preussischen Eisenbahnen, wo nur 1 von je 21,411,488 getödtet und 1 von je 3,892,998 verwundet wurde.

(Die „Aegyptischen Plagen") sind heute noch im ganzen Oriente in gleicher Ausdehnung vorhanden, wie zur Zeit des Moses. Von der Pest in Aegypten selbst ist das genähend bekannt, jetzt schreibt man der „Augsb. Allg. Ztg." aus dem Nachbarlande: In Jaffa sind die Heuschrecken. Ein dort ansässiger Arzt schildert ihre Erscheinung mit folgenden Worten: Ungefähr in der Mitte des Monats April zeigte sich am Horizont während zweier Tage eine hin- und wieder schwebende Wolke, welche die Sonne verunkelte. Am dritten Tage senkte sich dieselbe nieder und bedeckte die Felder. Es waren Heuschrecken, welche jedoch das schon reife Korn nicht berührten, sondern sich sogleich in die